

Unabhängiger Monitoringausschuss
zur Umsetzung der UN-Konvention über die
Rechte von Menschen mit Behinderungen
MonitoringAusschuss.at

**BMASK 1010 Wien, Stubenring 1,
12.05.2010 09:00 bis 13:00 Uhr**

Vorsitz: Marianne Schulze

Mitglieder des Ausschusses:

VertreterInnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Christina Meierschitz

Marianne Schulze

Silvia Weissenberg

Vertreter aus dem Bereich der Menschenrechte:

Karl Garnitschnig

VertreterIn aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:

entschuldigt

VertreterIn der wissenschaftlichen Lehre:

entschuldigt

Ersatzmitglieder des Ausschusses:

Vertreter der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Ruth René Kurz

Heinz Trompisch

Markus Wolf

BMASK: Sabine Wagner
Wolfgang Iser

Resümeeprotokoll

Tagesordnung liegt vor. Weiters eine Antwort des Landes Kärnten iS „Beschäftigungstherapie“ sowie Unterlagen zu den Fällen 2, 11, 15, 16 und 18 bis 21.

1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt.

2. Protokolle unterzeichnen

Die Protokolle der Sitzungen vom 15.02.10 und 24.03.10 werden unterzeichnet, das Protokoll der öffentlichen Sitzung ist noch in Arbeit.

3. Tätigkeit seit letzter Sitzung

a. Partizipationsstellungnahme

Die Partizipationsstellungnahme wurde im Umlaufwege beschlossen.

b. Brief an Herrn Bundesminister iS Staatenbericht

Ein Brief an Herrn Bundesminister Hundstorfer in Sachen Staatenbericht wurde im Umlaufwege beschlossen und an ihn übermittelt.

4. Resümee der öffentlichen Sitzung

Einhellig wird die Auffassung vertreten, dass die Sitzung als großer Erfolg zu bewerten sei.

Die Kommunikation mit den Betroffenenorganisationen müsse verbessert werden, um Missverständnisse und entstellende Verkürzungen der Botschaften noch besser hintan zu halten.

Die Rollenaufteilung bei öffentlichen Auftritten solle noch verstärkt werden.

Die inhaltlichen Positionen müssen sich an der Konvention orientieren, eine Nivellierung der Konventionsvorgabe an nationale Gegebenheiten und Befindlichkeiten muss möglichst hintangehalten werden.

5. Änderung der Geschäftsordnung

Der vom Büro im Auftrag erstellte Entwurf mit dem neuen § 6 Abs. 4 wird beschlossen.

6. Einzelfälle

Zu den Einzelfällen ist anzumerken:

Fall 2: Die Vorsitzende werde Kontakt zum Obersten Sanitätsrat sowie zur NÖ Landesregierung aufnehmen. Das Büro wird der Einschreiterin eine Zwischen-erledigung schicken.

Fall 6: Hier wird ein Follow-up-Besuch ins Auge gefasst.

Fall 7: Die Vorsitzende werde erneut Kontakt aufnehmen.

Fall 8: Frau Meierschitz werde mit dem Amt der OÖ Landesregierung Kontakt aufnehmen. Das Büro wird dem Einschreiter eine Zwischenerledigung schicken.

Fall 9: Das Büro wird dem Einschreiter eine Zwischenerledigung schicken sowie Schreiben an folgende Adressaten:

Wiener Interessensvertretung

BKA unter Hinweis auf Art. 4 Abs. 5 CRPD

Magistratsdirektion Wien unter Anschluss der Stellungnahme zur menschenrechtlichen Verantwortung für privat erbrachte Leistungen

MA 40 (Kopie der Erledigung an MDir Wien)

Fall 10: Die Vorsitzende werde die Sichtweise des Ausschusses noch einmal telefonisch darlegen.

Fall 11: Die Vorsitzende werde telefonisch Kontakt aufnehmen.

Fall 12: Das Büro wird ein letztes Mal urgieren.

Fall 13: Frau Schulze wird die Einschreiterin noch einmal kontaktieren.

Fall 14: Das Büro wird den Leiter der Präsidialsektion des BMF für die nächste Sitzung einladen.

Fall 15: Frau Meierschitz werde zu dieser Angelegenheit noch recherchieren.

Fall 16: Das Büro wird das Bundeskanzleramt für die nächste Sitzung einladen.

Fall 17: Das Büro wird noch Unterlagen urgieren.

Fall 18: Betreffend diesen und den vorigen Fall wird das Büro das BMJ für die nächste Sitzung einladen.

Fall 19: Die Vorsitzende werde ein Schreiben ans Amt der Tiroler Landesregierung entwerfen und sich mit Herrn Ladstätter betreffend eine Bizeps-Studie auf der Grundlage einer Länderumfrage in Verbindung setzen.

Fall 20: Das Büro wird ein Schreiben an die MA 40 verfassen. Für die nächste Sitzung wird das Büro den BKA-Verfassungsdienst zur Umsetzung des Artikel 16 Abs. 3 einladen.

Fall 21: Das Büro wird ein Schreiben an das Amt der Szbg. Landesregierung entwerfen und der Einschreiterin eine Zwischenerledigung zukommen lassen.

7. Bericht an CRPD Komitee

Termin ist Ende Oktober. Themen sollen sein:

„Verwaltungsvakuum“ (betreffend proaktive Umsetzung, zB im Bereich Bildung)

Säumigkeit der Länder

Pariser Prinzipien

abgegebene Stellungnahmen und Reaktionen darauf

Die Vorsitzende werde einen Entwurf ausarbeiten.

8. Stand Stellungnahmen:

a. Armut/Mindestsicherung: Frau Meierschitz werde einen Entwurf ausarbeiten.

b. Länderverpflichtung: vertagt

c. Prävention: vertagt

d. Bildung: Die Einarbeitung der bis 28.05.10 einzubringenden Anregungen ist vorzunehmen.

e. Andere:

Die Stellungnahmen zum Versicherungsrechts-Änderungsgesetz und zum Wiener Antidiskriminierungsgesetz werden ans Büro übermittelt werden.

9. Allfälliges

Am 25.05.10 sei Bundesbehindertenbeirat.

Zum Schreiben des Amts der Ktn. Landesregierung werde Frau Meierschitz einen Antwortentwurf erstellen.

Das Büro werde die Finalisierung der Leichter-Lesen Version der Konvention zu beschleunigen versuchen.

Die nächste Sitzung findet am **10.06.10** ab **13:00** Uhr bis ca. 18:00 Uhr im Regierungsgebäude am Stubenring im **Saal III** (1. Stock) statt. Eingeladen sind BMF, BMJ, BKA-VD, BKA (Medien).

Für die übernächste Sitzung wurden die Termine 08.07.10, 20.07.10 und 27.07.10 ins Auge gefasst. Definitiver Termin und Ort werden noch bekanntgegeben.

Marianne Schulze
(Vorsitzende)

Silvia Weissenberg
(Schriftführerin)